

„Mehr Fragen wagen“

oder

Wie verbessern wir die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft und in der Partei?

Von Omid Nouripour

Partizipation ist Gestaltungsmacht. Wer partizipiert, nimmt Einfluss, direkt oder indirekt. Politische Partizipation ist also die Einflussnahme auf politische Prozesse. Politische Partizipation ist gerade in Demokratien sehr viel einfacher machbar, weil zu einer funktionierenden Demokratie Rechtstaatlichkeit und damit die Freiheit eben der politischen Partizipation gehören. Die Notwendigkeit der Partizipation hat allerdings auch eine zweite Seite. Am Grad der Partizipation misst sich die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt.¹ Denn eine Gesellschaft, die nicht gestaltet, ist statisch und damit in einer sich rasant veränderten Welt kulturell, wissenschaftlich, ökonomisch und im Sinne des Wohlstands und des sozialen Friedens nicht wettbewerbsfähig.

Es geht um Motivierung und Mobilisierung von MigrantInnen für politische Prozesse. Es geht aber auch darum, das Interesse von Politikerinnen und Politikern aller Parteien für die Belange von MigrantInnen auf den unterschiedlichen Ebenen sichtbar zu machen. Eine Gruppe, die zahlreich wählt, wird nicht einfach zum Sündenbock aller Probleme erklärt werden. Das zeigen vor allem die Erfahrungen aus den USA.

Doch wo ein „Können“ ist, ist nicht immer ein „Wollen“. Die Wahlbeteiligung der letzten Jahre nimmt in den meisten demokratischen Ländern kontinuierlich ab. In der Bundesrepublik ist ein Rückgang des gesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement zu verzeichnen.

Aber auch die Möglichkeiten der Partizipation sind nicht für alle umfassend realisiert worden. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund² hatten bisher wenig Gelegenheit, sich an demokratischen Gestaltungsprozessen zu beteiligen. Und diejenigen, die beispielsweise durch Einbürgerung gleiche Rechte errungen haben, partizipieren eindeutig unterdurchschnittlich am politischen Leben in der Bundesrepublik

¹ Für unser Thema besonders relevant: Ein Drittel der heute 16-jährigen kommt aus Familien mit Migrationshintergrund.

² Doch Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht die einzige Gruppe in der Gesellschaft, die wenig Möglichkeiten zur Teilhabe besitzt. Die Ergebnisse der allbekannten PISA-Studie haben deutlich gezeigt, dass es in Deutschland einen sehr engen Zusammenhang zwischen niedrigem sozialen Status und geringem Erfolg in der Schule gibt. Diese Ergebnisse betreffen nicht nur Kinder aus Zuwandererfamilien, sondern auch viele deutsche Kinder. Dem deutschen Schulsystem gelingt es kaum, Kinder mit sozialen Benachteiligungen zu fördern: Sie bleiben zu häufig ohne Schulabschluss oder Schulabschluss aus weiterführenden Schulen und haben damit eine entsprechend schlechte Aussicht auf eine berufliche Ausbildung, spätere Beschäftigung und eine gesicherte Zukunft. Solchen Kindern und Jugendlichen fehlt auch die Gelegenheit, selbständig Gestaltungsmacht im vorhin erwähnten Sinne auszuüben. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im demokratischen System bedeutet aber, dass alle ihre Ansprüche und Anliegen selbst vertreten oder ihre Vertreterinnen und Vertreter selbst bestimmen können.

teil. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt es zwei Ziele: Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt für politisches Engagement im Allgemeinen zu gewinnen, und als AktivistInnen in der Grünen Partei im Besonderen.

Dieses Papier geht der Frage nach, Wie können Menschen mit Migrationshintergrund konkret in Beteiligungskonzeptionen einbezogen werden können. Es will weiterführende Fragen stellen, deren Antworten möglicherweise zu diesen Zielen führen. Und es will die Diskussion über diese Antworten anregen.

Voraussetzungen der Partizipation ist grundsätzlich die Möglichkeit, das Recht auf Mitgestaltung in der Gesellschaft wahrzunehmen. Bereits hier stellt sich die Frage nach der Schwerpunktsetzung: ***Muss der Schwerpunkt unserer Bemühung auf eine verstärkte Einbürgerung der dauerhaft hier lebenden Menschen liegen oder auf gleiche politische Rechte auch für Ausländer?***

Ist das Recht auf Partizipation gegeben, gibt es nur dann einen Anreiz, wenn deren Effekte für den Handelnden erfahrbar und nicht zum rituell sind. Niemand engagiert sich, um nichts zu bewegen. Für die Fragestellung dieses Papiers bedeutet dies: ***Wie können Menschen mit Migrationshintergrund die mannigfaltigen Ressourcen, die sie mitbringen, in die deutsche Gesellschaft einbringen und so zu unserer gemeinsamen Zukunftsfähigkeit beitragen?***³

Besonders wichtig ist also darauf zu achten, dass Menschen mit Migrationshintergrund die Chance bekommen, ihre Stimme in eigener Sache zu erheben und dass sie auch Gehör finden. Deshalb: ***Wie schaffen wir eine Sensibilität in der Mehrheitsgesellschaft/Partei dafür, dass Migranten und vor allem MigrantInnen nicht ausschließlich als Problemgruppe zu betrachten sind?***

Damit allerdings der gesellschaftliche Gestaltungsanspruch erfüllt werden kann, ist es wichtig, dass MigrantInnen in ihrer Mitarbeit ernst genommen werden. Menschen spüren sehr schnell, wenn sie nur eine Alibifunktion haben. Sie werden sich wahrscheinlich dann nicht mehr beteiligen, wenn sie merken, dass ihre Beteiligung keine Wirkung zeigt. Hier seien einige der Kriterien auf, die besonders für Menschen mit Migrationshintergrund erfüllt sein müssen, wenn diese sich an Gestaltungsprozessen beteiligen sollen:⁴

- Es muss tatsächlich etwas zu entscheiden geben
- Alle sind von Anfang an zu beteiligen
- Die Beteiligung muss von den Partizipanten selbst inhaltlich vorbereitet werden

³ Hier seien nur Bilingualität und Bikulturalität genannt und aus beiden erwachsende andere Blicke auf deutsche Institutionen und die deutsche Gesellschaft als Ganzes. So können auch die deutschen Beteiligten ihre Sichtweisen erweitern.

⁴ Nach dem kanadischen Soziologe Charles Taylor wird die Entwicklung unserer Identität wesentlich durch die Anerkennung oder auch durch die Nichtanerkennung von anderen beeinflusst. Er vertritt die Position, dass "ein Mensch, oder eine Gruppe von Menschen wirklichen Schaden nehmen, eine wirkliche Deformation erleiden kann, wenn die Umgebung oder die Gesellschaft ein einschränkendes, herabwürdigendes oder verächtliches Bild ihrer selbst zurückspiegelt. Nichtanerkennung oder Verkennung kann Leiden verursachen, kann eine Form von Unterdrückung sein, kann den anderen in ein falsches, deformiertes Dasein einschließen."

- Sie müssen notfalls – aber eben nur notfalls – dabei von kompetenten Vermittlungspersonen unterstützt werden
- Es muss Transparenz in Bezug auf Entscheidungen und Ziele herrschen
- Die Attraktivität von Beteiligungsformen muss über reale Gestaltungsmöglichkeiten, Lebensweltbezug, Altersangemessenheit und Methodenvielfalt gewährleistet sein
- Die Ergebnisse der Beteiligung müssen für alle nachvollziehbar und erkennbar sein

So kann erfahrbar gemacht werden, dass Beteiligung als demokratischer Prozess tatsächlich gelingen kann, dass Auseinandersetzungen zu diesem Prozess dazugehören und dass die MigrantInnen es selbst waren, die durch ihre mitgestaltende Beteiligung zum Erfolg beigetragen haben. Ein besserer Beitrag zur Integration lässt sich kaum denken. Damit solche Prozesse gelingen können.

Welche gesellschaftlichen und innerparteilichen Instrumente kann es geben, um diese Kriterien umzusetzen? Und: wie überzeugen wir die Mehrheitsgesellschaft / die Partei davon, dass Partizipation nur unter diesen Umständen eine bedeutende Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe ist?

Auf kaum einem Feld ist es so wichtig, sich der Heterogenität von Menschen mit Migrationshintergrund bewusst zu machen, wie bei der Frage der Motivation von Menschen für politische Partizipation. Es gibt immense Unterschiede, dazwischen, ob die Menschen in erster Generation einwandern, aus Familien kommen, in denen beide Eltern ihre Sozialisation in einem anderen Land erfahren; sie als Arbeitsmigranten oder als Flüchtlinge eingewandert sind, beide Eltern als Kinder von ArbeitnehmerInnen ausländischer Herkunft in Deutschland aufgewachsen sind, entweder der Vater oder die Mutter in Deutschland, das andere Elternteil im Herkunftsland der Familie aufgewachsen und im Rahmen der Heirat nach Deutschland eingewandert ist, ob die Eltern unterschiedliche ethnische Hintergründe haben (binationale Ehen) u.v.m.

Die geschilderten Familienkonstellationen können einen großen Einfluss auf politische Einstellungen haben. Aber auch andere Fragen spielen eine große Rolle. Es gibt Menschen, die streben eine weitgehende Anpassung daran an, was sie als „deutsche Vorstellungen“ verstehen, um sich und ihren Familien in dieser Gesellschaft Chancen zu sichern. Andere suchen die Balance zwischen den Werten in der alten und der neuen Heimat. Dritte wiederum lehnen aus verschiedensten Gründen und Motivationen eine Annäherung oder sogar Auseinandersetzung mit „deutschen Vorstellungen“ bewusst ab.

Müssen wir gerade bei der Frage der Gewinnung von MigrantInnen für die Partei Zielgruppen-Schwerpunkte setzen? Wenn ja: welche?

Eine wissenschaftliche These behauptet, dass ethnische und kulturelle Differenzen im Verlauf der funktionalen Differenzierungen moderner Gesellschaften nicht an Bedeutung verlieren oder gar verschwinden, sondern dass sie sich wider Erwarten als äußerst resistent erwiesen haben⁵ – weit mehr als der seinerzeit für so grundlegend erachtete

⁵ Evident ist dies im Bereich des Sports. Dort gibt es seit Jahren eine Entwicklung, die sich in Kürze auch auf andere Bereiche der Jugendarbeit ausweiten wird: die Gründung von ethnischen Vereinen (vgl. dazu Boos-Nünning/Karakasoglu 2003). Es werden zunehmend Sportvereine gegründet, denen ausschließlich Personen mit Migrationshintergrund angehören. Oftmals machen die Namen den ethnischen Kontext nach außen sichtbar. Weder die Zahl der in Deutschland bestehenden ethnischen Sportvereine noch die Zahl der Mitglieder oder der in ihnen

Klassenwiderspruch.⁶ Untersuchungen⁷ zu Folge verorten sich gerade jüngere Menschen mit Migrationshintergrund kaum als Deutsche.⁸ ***Worin also soll die politische Integration erfolgen? Gibt es nicht doch Loyalitätenkonflikte, die gerade auf der politischen Ebene zum Vorschein kommen, wenn es statische Identitätsmuster gibt? Was bedeutet das für die Rolle des sogenannten politischen Ethno-PR? Welchen Einfluß – positiv wie negativ – kann dies auf unsere Inhalte haben? Und: Was ist die Antwort auf die bald dringende Frage: Brauchen die MigrantInnen eigene Parteien? Und wie beeinflusst diese Antwort unser Verhältnis zu organisierten Communities? Wie kommen wir an Menschen heran, die nicht organisiert sind?***

engagierten Kinder und Jugendlichen ist bekannt. Nur für einige regionale Kontexte gibt es Erhebungen und Schätzungen. Für Nordrhein-Westfalen wurde 1999 festgestellt, dass Sportvereine mit einem Anteil von 17 % eine wichtige Rolle innerhalb des Spektrums türkischer Selbstorganisationen einnehmen. Nicht eingerechnet sind hierbei die zahlreichen eigenständigen, informellen Sportgruppen, bzw. solche, die im Rahmen bestehender anderer Selbstorganisationen aktiv sind (vgl. MASSKS NRW 1999, S.95). So wird die Zahl der ethnischen Vereine für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen nach dem Positionspapier der Landessportjugend auf 500 (von insgesamt etwa 20 000 Vereinen) geschätzt. Der Anteil und die Bedeutung der ethnischen Vereine im Sport wie auch in anderen Bereichen wird in den nächsten Jahren vermutlich steigen und zwar aus drei Gründen: wegen der Zunahme des Anteils von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, wegen der bedeutsamer werdenden kleinräumig angelegten ethnischen Communities und wegen der Ausbildung von Eliten in diesen. Die Politik und die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland hat Schwierigkeiten mit dem Vorhandensein ethnischer Vereine und mit der Bewältigung der Situation vor Ort. Der Sport hat die Entwicklungen vorweggenommen, die heute weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffen: die Ausgrenzung eines Teils der Menschen mit Migrationshintergrund aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen und ihre Organisation in ethnischen Gruppen, Verbänden und Einrichtungen. Es lassen sich Gründe für die - gemessen am Beginn der Zuwanderung - wachsende Bedeutung der ethnischen Communities nennen: fehlende Bemühungen der Aufnahmegesellschaft, die Zugewanderten gleichberechtigt teilhaben zu lassen und Diskriminierung auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt. Auf Seiten der Zugewanderten lassen sich folgende Gründe nennen: das Aufwachsen eines Teils der Migrationsfamilien in Gettos mit eigener ethnischer Infrastruktur, die Wahl eines Ehepartners aus dem Herkunftsland der Eltern und die Bevorzugung der familiensprachlichen Medien. Die Schließung der ethnischen Communities wurde durch die Ausbildung einer eigenen Funktions- und Professionselite (z.B. Rechtsanwälte, Ärzte, Steuerberater) vorangetrieben. Migranten und Migrantinnen gründen ethnische Vereine und werden ethnische Vereine in einer Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen gründen, wenn sie sich in den deutschen Vereinen nicht aufgenommen und mit ihrem kulturellen (Migrations-) Hintergrund nicht berücksichtigt fühlen. Die deutschen Vereine haben aus den Veränderungen der Gesellschaft und aus der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund Mitglieder wurden oder werden sollten, nicht die Konsequenz gezogen, sich interkulturell zu öffnen. Es fehlt - die Auseinandersetzung mit Wertvorstellungen der Zugewanderten, ohne diese auf der Grundlage der deutschen Dominanzkultur zu bewerten; - die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen der Verbandsarbeit. Die ethnischen Vereine müssen sich im Sport wie in anderen Verbänden den Dachverbänden anschließen, wenn sie Ressourcen erhalten wollen. Unter den Funktionsträgern sind sie jedoch kaum vertreten.

⁶ Daraus schließen die Forscher Glazer und Moynihan auf die tiefe Verankerung ethnischer Anteile menschlicher Identität. Für sie ist Ethnizität mehr als ein Mittel zum Zweck gruppenspezifischer Interessenwahrnehmung:

⁷ So wurde beispielsweise in der EFFNATIS-Untersuchung (Heckmann et al. 2000, S.57ff.), die ebenfalls ein breites, nicht dichotom erfragtes Spektrum der Selbstidentifikation anbot, festgestellt, dass sich ca. ein Drittel der beiden gegenübergestellten Migrantengruppen (junge Türken und Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien) mit dem Herkunftsland der Eltern identifizieren. Als zweitgrößte Gruppe stellte sich eine Kategorie "multiple Identifikationsformen" heraus. Darunter wurden Antworten wie "kroatischer Franke", "Türkin mit europäischem Einfluss" u.ä. gefasst. Auch in dieser Untersuchung sahen sich nur wenige Befragte als "Deutsche". Wird ein Blick auf den Grad der Identifikation geworfen, dann zeigt sich, dass sich Türken weniger stark als Deutsche und stärker als Angehörige des Herkunftslandes der Eltern fühlen als die jugoslawische Gruppe. Die lokale Identifikation als Nürnberger wurde von allen Antwort-Angeboten am besten angenommen.

⁸ Die ethnische Selbstverortung als Deutsche findet die geringste Zustimmung und die größte Ablehnung von allen Vorgaben, gefolgt von der Selbstdefinition als Ausländer.

Menschen mit Migrationshintergrund sind in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Dies gilt auch für die Mitgliederstruktur der Grünen – auch wenn sie um einiges besser ist als die anderer Parteien. ***Brauchen wir eine Quote? Wenn nicht, welche anderen Instrumente gibt es, um diese Situation zu ändern? Welche Anreize können wir gerade für diejenigen, denen einige Wege der politischen Partizipation versperrt sind, weil sie keinen deutschen Pass besitzen? Und: Was bedeutet „interkulturelle Öffnung“ der Partei konkret? Wenn Migrationspolitik Querschnittsaufgabe ist, wie kann dann griffige Werbung in MigrantInnen-Milieus aussehen?***

Die Wahrnehmung und Anerkennung der kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft ist die entscheidende Voraussetzung zur Verbesserung der Partizipationschancen von Menschen mit Migrationshintergrund. ***Gibt es also eine Chance, Partizipation zu fördern ohne Antidiskriminierungsmaßnahmen? Haben Grüne eine Form von Eigenart entwickelt, die wir selbst kaum noch wahrnehmen, der uns aber für andere unattraktiv macht oder als abgrenzend erlebt wird? Wie lässt sich der Eindruck von nicht Dazugehörigen vermeiden, nicht an ihnen und ihren Erwartungen, ihren Interessen und ihren Fragen interessiert zu sein? Welche „Testprojekte“ können wir formulieren? Brauchen wir Gebetsräume auf BDKen?***

Menschen kommen in Verbände über die Familie, über Freunde und Bekannte oder über Projekte. Das heißt im Falle von MigrantInnen: Der familiäre Kontext führt häufig in die MigrantInnenvereine.⁹ ***Brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit mit diesen Vereinen und wie könnte diese aussehen?*** Bei denjenigen, die in der Freizeit nur wenige Kontakte zu Mehrheitsdeutschen haben, gibt es kaum Zugang zu den etablierten Verbänden/Parteien, da sie eben über Freundschaften oder Bekannte nur selten Aktivitäten der etablierten Verbände kennen lernen. ***Que faire?*** Projektarbeit vor Ort bindet MigrantInnen als Individuen am ehesten ein; eine originär kommunale Aufgabe, die in den Ausländerbeiräten eher schlecht als recht gelöst ist. ***Was ist unsere Antwort auf quasi fehlende Wahlbeteiligung bei kommunalen Ausländerbeiräten? Abschaffung? Oder mehr Rechte?¹⁰ Und wenn Partizipation vor Ort beginnt: Welche Empfehlungen der praktischen Arbeit haben wir für unsere Kreisverbände?***

Wie bereits erwähnt: eine Gruppe, die zahlreich wählt, wird nicht einfach zum Sündenbock aller Probleme erklärt werden. Dafür braucht sie aber auch einen hohen Grad an Organisationsfähigkeit. Weiter oben ist die Frage gestellt worden, wie wir einer „Migrantenpartei“ begegnen müssten. Dazu gehört der Anspruch, dass nationale und ethnische Identität für uns kein politisches Programm sein kann. Gleichzeitig erfordert aber ein hoher Grad an Organisationsfähigkeit starke Vernetzungsarbeit. ***Wie lässt sich dieser Widerspruch auflösen? Brauchen wir wieder ein „IMMI/GRÜN“? Fördert die Organisation von MigrantInnen in „ethnischen“ Verbänden die Integration oder***

⁹ Dabei ist es sehr spannend zu beobachten, dass der Satz "Wir laden die anderen (die Einheimischen) immer ein, sie kommen aber nicht", auch von den MigrantInnenvereinen sehr häufig zu hören ist.

¹⁰ Siehe auch die Frage: „Muss der Schwerpunkt unserer Bemühung auf eine verstärkte Einbürgerung der dauerhaft hier lebenden Menschen liegen oder auf gleiche politische Rechte auch für Ausländer?“

die Segregation derer? Ist die Tendenz, dass sich MigrantInnen zunehmend in Migrantenverbänden organisieren, zu unterstützen oder abzulehnen?

Viele MigrantInnen treten deutschen Organisationen oft mit großem Misstrauen gegenüber. Die Gründe hierfür sind einfach: Häufig sind adäquate Organisationen oder Institutionen in den Herkunftsländern staatlich oder halbstaatlich und aus Erfahrung negativ zu beurteilen. Zudem haben wir es auch MigrantInnen erster Generation zu tun, deren Herkunftsstaaten kaum oder keine demokratische Strukturen aufweisen. Dies ist oft prägend für das Verhalten gegenüber Institutionen. Zudem kommen Sprachbarrieren, gerade bei Grünen komplex und nicht sofort verständlich formulierte politische Ziele, Erfahrungen mit bürokratischen Hemmnissen. ***Wie können vertrauensbildende Maßnahmen aussehen? Brauchen wir als Grüne ein Paten/Trainee-Programm speziell für Mitglieder mit Migrationshintergrund? Welche Rolle können hier Vorbilder spielen? Brauchen wir ein Coaching dieser Mitglieder? Müssen wir als Partei auch Hilfsstellungen für das praktische Leben systematisch anbieten?***¹¹ ***Wie lassen sich zielgerecht und geplant Menschen finden und ausbilden, die Multiplikatoren- und Brückenfunktionen in den Communities ausfüllen können, aber auch Zugänge und Kontakte vermitteln? Welche spezifischen (Hilfs-)Angebote können wir über das Internet anbieten?***

Es gibt gewiss viele andere Fragen zu stellen, die uns dem Ziel der Verbesserung der politischen Partizipation näher bringen würden. Die Beantwortung der vorliegenden Fragen würden uns aber auch schon weiterhelfen. Die Debatte darüber beginnt.

¹¹ Wie beispielsweise bei der Ausfüllung schwieriger Formulare oder dem Verstehen des deutschen Miet- oder Vereinsrechts.